

Niederschrift

über die

19. Sitzung des Kreistages

am

Freitag, dem 14.12.2018

Niederschrift

Vorbemerkungen

1. **Sitzungsbeginn:** 14:30 Uhr
 2. **Ende der Sitzung:** 17:15 Uhr
 3. **Ort der Sitzung:** Großer Sitzungssaal (4. Stock)
 Kreisverwaltung Ahrweiler

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender:

Herr Dr. Jürgen Pföhler Landrat

Mitglieder des Kreistages:

Herr Günter Bach	SPD	
Herr Ulrich van Bebber	FDP	
Herr Markus Becker	CDU	
Herr Johannes Bell	FWG	
Herr Dr. Frank Bliss	B'90/Die Grünen	ging zu Beginn des TOP 7/8
Frau Doris Bruch	SPD	
Herr Wilhelm Busch	CDU	
Herr Ralf Degen	FWG	
Herr Guido Ernst	CDU	
Herr Hans Dieter Felten	FWG	
Herr Werner Gail	CDU	
Frau Charlotte Hager	CDU	
Herr Heinz-Peter Hammer	CDU	
Frau Sabine Hecker	CDU	
Herr Mathias Heeb	B'90/Die Grünen	
Frau Gabriele Hermann-Lersch	CDU	
Herr Dr. Johannes Hüdepohl	AfD	
Herr Marcel Hürter	SPD	
Herr Richard Keuler	CDU	
Herr Richard Klasen	Bündnis 90 / Die Grünen	
Frau Irmgard Köhler-Regnery	SPD	
Herr Michael Korden	CDU	
Herr Hans-Josef Marx	FWG	
Frau Marion Morassi	Die Linke	
Frau Ingrid Näkel-Surges	CDU	
Herr Stefan Petri	AfD	
Frau Christel Ripoll	CDU	

Herr Peter Ropertz	CDU	
Herr Jens Schäfer	SPD	abwesend während TOP 5 bis 7
Herr Wolfgang Schlagwein	B'90/Die Grünen	
Herr Christoph Schmitt	SPD	
Herr Michael Schneider	CDU	
Herr Jürgen Schwarzmann	CDU	
Herr Jochen Seifert	FWG	abwesend während TOP 4 und 5
Frau Christina Steinhausen	FDP	
Herr Udo Stratmann	CDU	
Frau Ingrid Strohe	CDU	
Herr Karl-Heinz Sundheimer	CDU	
Herr Ingo Terschanski	SPD	
Herr Marcel Werner	CDU	

Kreisbeigeordnete:

Herr Erster Kreisbeigeordneter Horst Gies	CDU	abwesend während TOP 4 bis 7
Herr Kreisbeigeordneter Friedhelm Münch	FWG	
Herr Kreisbeigeordneter Fritz Langenhorst	SPD	

Geschäftsbereichsleiter:

Herr Harald Fuchs

Fachbereichsleiter:

Frau Siglinde Hornbach-Beckers
 Frau Almut Schepers
 Herr Erich Seul

Schriftführer:

Herr Martin Braun

Mitarbeiter der Verwaltung:

Herr Arno Müller
 Frau Jennifer Nehring
 Frau Elena Rose

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder des Kreistages:**

Herr Werner Jahr	SPD
Herr Frank Jürgensen	AfD
Frau Andrea Literski-Haag	CDU
Frau Iris Loosen	B'90/Die Grünen
Herr Heinz Detlef Odenkirchen	CDU
Herr Markus Schlagwein	CDU

N i e d e r s c h r i f t

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand
	Öffentliche Sitzung:
1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Zweite Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform der Landesregierung Rheinland-Pfalz; vorgeschlagene Fusion der beiden Landkreise Ahrweiler und Mayen-Koblenz (Antrag der CDU-Fraktion)
3.	Geplante Herauslösung der Verbandsgemeinde Adenau aus dem Bundestagswahlkreis 198 - Ahrweiler - (gemeinsamer Antrag von CDU- und SPD-Fraktion)
4.	Feststellung des Jahresabschlusses 2017 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)
5.	Bestellung eines Abschlussprüfers für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler für die Jahre 2018 bis 2020
6.	Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 des Abfallwirtschaftsbetriebes
7.	Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement
8.	Haushaltsberatungen 2019; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltssatzung Gertrud-Pons-Stiftung
9.	Anfragen nach § 19 der Geschäftsordnung
10.	Einwohnerfragestunde

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
---	---

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Gegen die Niederschrift über die Kreistagssitzung am 26.10.2018 wurden keine Einwendungen erhoben.

2	Zweite Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform der Landesregierung Rheinland-Pfalz; vorgeschlagene Fusion der beiden Landkreise Ahrweiler und Mayen-Koblenz (Antrag der CDU-Fraktion)
---	--

Der Vorsitzende nahm im Rahmen einer Grundsatzerklärung Stellung zur „Zweiten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform der Landesregierung Rheinland-Pfalz“. Insbesondere zur vorgeschlagenen Fusion der beiden Landkreise Ahrweiler und Mayen-Koblenz.

Anschließend begründeten Herr Sundheimer (CDU) und Herr Schmitt (SPD) den Antrag der CDU- und SPD- Fraktion. Weitere Redebeiträge kamen hierzu von Herrn Schlagwein (Bündnis 90/Die Grünen), Herrn van Bebber (FDP), Herrn Dr. Hüdepohl (AfD) und Herrn Seifert (FWG).

Beschluss:

Der Kreistag lehnt eine Fusion der Landkreise Ahrweiler und Mayen-Koblenz entschieden ab. Er fordert die Landesregierung auf, zeitnah klarzustellen, dass entsprechende Vorschläge der Gutachter nicht aufgegriffen werden.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 4
Enthaltungen: 0

3	Geplante Herauslösung der Verbandsgemeinde Adenau aus dem Bundestagswahlkreis 198 - Ahrweiler - (gemeinsamer Antrag von CDU- und SPD-Fraktion)
---	---

Wegen Sonderinteresses nahm Herr Hürter (SPD) während der Behandlung des Tagesordnungspunktes im Zuschauerraum Platz.

Der Vorsitzende nahm Stellung zur geplanten Herauslösung der Verbandsgemeinde Adenau aus dem Bundestagswahlkreis 198 - Ahrweiler.

Anschließend begründeten Herr Korden (CDU) und Herr Schmitt (SPD) den Antrag der CDU- und SPD-Fraktion.

Es kam eine Wortmeldung von Herr Schlagwein (Bündnis 90/Die Grünen).

1. Antrag Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte die Vertagung des Beratungsgegenstandes.

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	35
Enthaltungen:	0

2. Beschluss:

Der Kreistag beschloss den Resolutionsentwurf zur geplanten Herauslösung der Verbandsgemeinde Adenau aus dem Bundestagswahlkreis 198 - Ahrweiler - in der vorgelegten Fassung.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	0

4	Feststellung des Jahresabschlusses 2017 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)
---	--

Beschluss:

Der Kreistag stellte den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler zum 31.12.2017 mit einer Bilanzsumme von 18.589.954,10 € und einem Jahresverlust von 483.187,05 € fest.

Der Jahresverlust von 483.187,05 € ist mit dem Gewinnvortrag zu verrechnen.

einstimmig beschlossen

5	Bestellung eines Abschlussprüfers für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler für die Jahre 2018 bis 2020
---	--

Beschluss:

Der Kreistag beschloss, die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Dornbach GmbH, Koblenz, zum Abschlussprüfer des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ahrweiler für die Jahre 2018 bis einschließlich 2020 zu bestellen und die Verwaltung zu beauftragen, einen entsprechenden Prüfungsvertrag gemäß den gesetzlichen Bestimmungen abzuschließen.

einstimmig beschlossen

6	Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 des Abfallwirtschaftsbetriebes
---	--

Es kamen Redebeiträge von Herrn Keuler (CDU), Herrn van Bebber (FDP) und Herrn Schmitt (SPD)

Beschluss:

Der Kreistag beschloss den Wirtschaftsplan 2019 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler in der vorgelegten Fassung.

einstimmig beschlossen

7	Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement
8	Haushaltsberatungen 2019; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltssatzung Gertrud-Pons-Stiftung

Die Mitglieder des Kreistags erklärten sich mit dem Vorschlag des Vorsitzenden einverstanden, die Tagesordnungspunkte 7 „Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler“ und 8 „Haushaltsberatungen 2019; a) Haushaltsberatungen Landkreis Ahrweiler b) Haushaltsberatungen Gertrud-Pons-Stiftung“ gemeinsam zu beraten.

Der Vorsitzende nahm zum vorgelegten Haushaltsentwurf 2019 sowie zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement Stellung.

An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich Herr Seifert (FWG), Herr Schlagwein (Bündnis 90/Die Grünen), Herr Schmitt (SPD), Herr Dr. Hüdepohl (AfD), Herr van Bebber (FDP), Frau Morassi (Die Linke) und Herr Sundheimer (CDU).

Abstimmung über die Einzelanträge zum Haushalt:

1. Antrag der CDU-Fraktion:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung

- zu prüfen in welchen der kreiseigenen Schulen eine Anbindung an das Glasfasernetz zeitnah möglich ist,
- dazu alle bestehenden Fördermöglichkeiten in Anspruch zu nehmen,
- bei zukünftigen Straßenbaumaßnahmen durch den Einbau entsprechender Leerrohre eine spätere Anbindung an das Gigabit-Netz zu ermöglichen und
- in Abstimmung mit den Kommunen geeignete Anbieter zu finden.

Antrag einstimmig angenommen

2. Antrag der SPD-Fraktion:

Der entsprechende Haushaltsansatz „541900 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - an Sonstige *Kreiszuschuss an Tierheime und ähnliche Einrichtungen **Unterstützung von Tierheimen und ähnlichen Einrichtungen im Kreis Ahrweiler“ wird auf 5.000 Euro erhöht. Künftig werden auch die beiden Einrichtungen Poecitarium - Auffangstation für Reptilien e.V. sowie die Wildvogelpflegestation Kirchwald e.V. berücksichtigt.

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 11
 Nein-Stimmen: 29
 Enthaltungen: 1

3. Antrag der SPD-Fraktion:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich frühzeitig für eine Teilnahme am Modellprojekt Gemeindegewerplus zu bewerben und sich für entsprechende Förderungen zu bewerben.

Antrag einstimmig angenommen

4. Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird gebeten, einen entsprechenden Entwurf zur Erweiterung der Richtlinien „Familienfreundlicher Kreis Ahrweiler“ zu erarbeiten und den Kreisgremien zur Beratung vorzulegen.

Antrag einstimmig angenommen

5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Im Produkt 5112 „Kreientwicklung“ wird eine neue Haushaltsstelle „Fortschreibung des Kreientwicklungsprogramms aus 2001 mit Beteiligungsverfahren“ gebildet und für 2019 mit 55.000 € veranschlagt.

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 13
 Nein-Stimmen: 27
 Enthaltungen: 0

6. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Zur Vorbereitung und Durchführung sowie zur Integration einer moderierten „Zukunftskonferenz“ zur Umsetzung der Energiewende (Kreisausschuß am 04.06.) in das o.g. Beteiligungsverfahren zur Kreientwicklung werden die im Haushaltsentwurf in der Haushaltsstelle „Maßnahmen zur Umsetzung 100% Erneuerbare Energie Region“ (Teilhaushalt 11, Produkt 5112 „Kreientwicklung“) veranschlagten 10.000 € zweckgebunden.

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 4
 Nein-Stimmen: 36
 Enthaltungen: 0

7. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Haushaltsstelle „Maßnahmen zur Umsetzung 100% Erneuerbare Energie Region“ (Teilhaushalt 11, Produkt 5112 „Kreientwicklung“) wird um 10.000 € auf 20.000 € aufgestockt. Die erhöhten Mittel dienen zur Anschaffung/Installation von Anlagen zur Visualisierung des Stromertrags der PV-Anlagen in den kreiseigenen Schulen bzw. dem Gebäude der Kreisverwaltung. Die Verwaltung wird beauftragt, sich bei der BaFa um eine Förderung aus dem entsprechenden Programm zu bemühen.

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	36
Enthaltungen:	0

8. Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG-, FDP -Fraktion:

Der Landesbetrieb Mobilität Cochem-Koblenz wird aufgefordert, die Planungs- und Ausschreibungsleistungen zur Umsetzung für Kreisstraßenbauprojekte, die er nicht selbst erbringen kann, an externe private Ingenieurbüros zu vergeben.

Antrag einstimmig angenommen

9. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Kreistag hat die Erwartung an das Land, den LBM zu einer Landesagentur für nachhaltiges Mobilitätsmanagement weiterzuentwickeln, die insbesondere die kommunalen Gebietskörperschaften, aber auch Unternehmen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität unterstützt.

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	12
Enthaltungen:	23

10. Antrag der FDP-Fraktion:

Die Kreisverwaltung beauftragt den Landesbetrieb Mobilität Cochem-Koblenz (LBM), weitere Abschnitte im Kreisstraßennetz zu ermitteln, bei denen Erhaltungs- oder Unterhaltungsmaßnahmen erforderlich und vor allem schnell umsetzbar sind. Das sind Erhaltungsmaßnahmen (also Abfräsen der beiden obersten Schichten und erneuern) und reine Unterhaltungsmaßnahmen, die ohne planerischen Vorlauf und damit ohne Baurecht, Grunderwerb, Landespflege etc. relativ schnell umsetzbar sind. Sollten die im Haushalt 2019 veranschlagten Mittel hierfür nicht ausreichen, werden die Mittel für die weiteren Erhaltungs- oder Unterhaltungsmaßnahmen im Haushalt 2020 entsprechend aufgestockt.

Antrag mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 4
Enthaltungen: 0

11. Antrag der SPD-Fraktion:

Der Landkreis Ahrweiler führt ab dem 01. Juli 2019 die VRM-MobilCard im Bereich Sozialer Hilfen ein. Die Finanzierung erfolgt durch entsprechende Einsparungen im Teilhaushalt 13 - Produkt ÖPNV - Zuschüsse an private Dritte. Ab diesem Zeitpunkt erhalten Personen, die Leistungen vom Jobcenter Landkreis Ahrweiler oder von der Kreisverwaltung Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung oder Asylbewerberleistungsgesetz erhalten und das 15. Lebensjahr vollendet haben, auf Antrag eine VRM-MobilCard.

Antrag mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 0

12. Antrag der FWG-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Bundesprogramms „Biologische Vielfalt“ einen qualifizierten Förderantrag zu erarbeiten und den Kreisgremien zur Entscheidung vorzulegen. Neben dem Kreisprojekt „Artenreiche Wiese“ soll auch der Aspekt der Biodiversität in seiner ganzen Bandbreite berücksichtigt werden.

*Antrag einstimmig angenommen***13. Antrag der AfD-Fraktion:**

Die Kreisverwaltung prüft die Etablierung einer touristischen „Mountainbike-Region Ahrweiler“ und deren Umsetzbarkeit (Einbeziehung weiterer lokaler Akteure, Werbung, Beschilderung entsprechender Routen, Zuständigkeit etc.) Die Kreisverwaltung berichtet über das Ergebnis in den Kreisgremien.

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 13
Enthaltungen: 22

14. Antrag der FDP-Fraktion:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der IHK Koblenz und der HWK Koblenz eine Standort-Kampagne für den Wirtschaftsstandort Kreis Ahrweiler zu entwickeln.

Antrag mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 4
Enthaltungen: 0

15. Antrag der SPD-Fraktion:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt zu überprüfen, ob bzw. in welcher Form die Einführung einer progressiven Kreisumlage im Landkreis Ahrweiler sinnvoll wäre. Eine entsprechende Stellungnahme und die dazugehörigen Modellrechnungen sollen dem Kreis- und Umweltausschuss Mitte des Jahres 2019 vorgelegt werden.

Antrag mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 26

16. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Im Investitionsprogramm (Produkt 54201, Maßnahme 109) werden die für die K 35 veranschlagten Mittel (Einzahlungen insgesamt 1,080 Mio. €, Auszahlungen insgesamt rund 1,862 Mio. €, Saldo insgesamt rund -782.000 € gestrichen.

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 29
Enthaltungen: 0

Abstimmung über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement***Beschluss:***

Der Kreistag beschloss den Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler in der vorliegenden Fassung.

Weiter beschloss der Kreistag auf der Grundlage des § 57 Landkreisordnung (LKO) in Verbindung mit § 89 Abs. 1 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO), die Jahresabschlüsse zum 31.12.2018, zum 31.12.2019 sowie zum 31.12.2020 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner Stolz Partnerschaft GmbH & Co. KG aus Bonn prüfen und testieren zu lassen.

einstimmig beschlossen

Abstimmung zum Gesamthaushalt:

Beschluss:

Auf der Grundlage der §§ 17 und 57 der Landkreisordnung für Rheinland-Pfalz vom 31.1.1994 (GVBl. S 188) in Verbindung mit den §§ 95 ff. der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz vom 31.1.1994 (GVBl. S. 153) in der jeweils geltenden Fassung beschloss der Kreistag

I. die Haushaltssatzung des Landkreises Ahrweiler für das Jahr 2019 wie folgt:

§ 1

Ergebnis- und Finanzhaushalt

Festgesetzt werden

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	213.658.802 Euro
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	213.619.335 Euro
der Jahresüberschuss auf	39.467 Euro

2. im Finanzhaushalt

der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	3.599.087 Euro
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.780.207 Euro
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	4.503.479 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-1.723.272 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	-1.875.815 Euro.

§ 2**Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

zinslose Kredite auf	0 Euro
verzinsten Kredite auf	0 Euro
zusammen auf	0 Euro

§ 3**Verpflichtungsermächtigungen**

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigungen) führen können, wird festgesetzt auf 966.500 Euro.

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf 0 Euro.

§ 4**Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung**

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf 25.000.000 Euro.

§ 5**Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen**

Die Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen mit Sonderrechnungen werden festgesetzt auf

1. Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	
des Abfallwirtschaftsbetriebes auf	3.824.460 Euro
des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf	11.456.720 Euro
zusammen auf	15.281.180 Euro.

2. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung	
Des Abfallwirtschaftsbetriebes auf	4.000.000 Euro
des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf	5.000.000 Euro
zusammen auf	9.000.000 Euro.
3. Verpflichtungsermächtigungen	
des Abfallwirtschaftsbetriebes auf	810.000 Euro
des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf	0 Euro
zusammen auf	810.000 Euro
darunter:	
Verpflichtungsermächtigungen des Abfallwirtschaftsbetriebes, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen	810.000 Euro
darunter:	
Verpflichtungsermächtigungen des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen	0 Euro

§ 6 Kreisumlage

Gemäß § 25 Abs. 2 Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) vom 30. November 1999 (GVBl. S. 415), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.10.2018 (GVBl. S. 353) erhebt der Landkreis von allen kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden eine Kreisumlage.

Der Umlagesatz wird auf 43,15 v.H. festgesetzt.

Die Kreisumlage ist gemäß § 31 Abs. 2 LFAG mit je einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11.2019 fällig.

Nachrichtlich: *Kreisumlageaufkommen 2018: 59.796.857 Euro*
 Kreisumlageaufkommen 2019: 65.640.954 Euro

§ 7 Eigenkapital

Der Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2017 betrug 45.194.360,54 Euro. Der voraussichtliche Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2018 beträgt 44.608.576,54 Euro und zum 31.12.2019 44.648.043,54 Euro.

§ 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Auf über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 GemO finden § 2 Abs. 2 Ziffer 3 und § 3 Ziffer 1 der Hauptsatzung des Landkreises Ahrweiler Anwendung.

§ 9 Wertgrenze für Investitionen

Investitionen oberhalb der Wertgrenze von 60.000 Euro sind im jeweiligen Teilhaushalt einzeln darzustellen.

§ 10 Altersteilzeit

Die Bewilligung von Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamten wird nicht zugelassen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	1

II. das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2019 bis 2022 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	0

III. den Haushaltsplan der Gertrud-Pons-Stiftung in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

einstimmig beschlossen

9	Anfragen nach § 19 der Geschäftsordnung
---	---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung keine Anfrage schriftlich beantwortet.

10	Einwohnerfragestunde
----	----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen der Verwaltung keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende:

Dr. Jürgen Pföhler
Landrat

Der Schriftführer:

Braun
Kreisverwaltungsrat